

Antrag UE-04
Region Mittelrhein**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Mit dem Ausstieg einen Einstieg verbinden! Doppelte Geschwindigkeit für gute Arbeit und Energiesicherheit! Mit einem beschleunigten Strukturwandel das Rheinische Revier zur Modellregion der Transformation machen!

1 Die SPD und insbesondere die Mandatsträgerinnen und
2 Mandatsträger im Europäischen Parlament, im Deut-
3 schen Bundestag, im Landtag NRW sowie die SPD-
4 Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert:

5
6

- 7 1. Den Fokus beim Strukturwandel auf die Schaffung
8 mitbestimmter und tarifgebundener Arbeitsplät-
9 ze in den Anrainerkommunen zu legen.
- 10 2. Die Landesregierung NRW weiter aufzufordern,
11 einen Zeit-Maßnahmen-Plan vorzulegen, der eine
12 zeitliche Übersicht der wegfallenden Arbeits-
13 stellen und dafür neu zu schaffenden Arbeitsplät-
14 ze anhand konkreter Maßnahmen spezifiziert. Bei
15 der Bewertung der Maßnahmen ist neben der Tar-
16 ifbindung und Mitbestimmung auch die Netto-
17 lohnentwicklung pro Kopf im Revier zu betrach-
18 ten.
- 19 3. Sich dafür einzusetzen, gezielte Programme zur
20 Qualifizierung und Umschulungsmaßnahmen für
21 die Beschäftigten der Braunkohlewirtschaft in Ko-
22 operation mit Gewerkschaften und den bergbau-
23 treibenden, zuliefernden und energieintensiven
24 Unternehmen sowie deren Zulieferern anzubieten
25 und aktiv auszubauen.
- 26 4. Sich für die Formulierung einer eigenständigen
27 investiven Förderrichtlinie des Bundes (Transfor-
28 mationsrichtlinie) einzusetzen: Viele der bisher
29 mit einem Förderbescheid versehenen Projekte
30 im Rheinischen Revier haben nichts mit einer ge-
31 lingenenden Transformation, dem Aufbau von neu-
32 en nachhaltigen Wertschöpfungsketten und der
33 Schaffung von neuen tariflich abgesicherten In-
34 dustriearbeitsplätzen zu tun. Es ist ein grundsätz-
35 liches Problem, dass die bestehenden Förderricht-
36 linien nicht zur Unterstützung von Transformati-
37 onsprozessen geeignet sind. Dadurch kommt es zu
38 einer großen Fehlsteuerung der Fördermittel.
- 39 5. Sich dafür einzusetzen, für den Strukturwandel
40 notwendige Infrastrukturmaßnahmen, wie die
41 Schienenvorhaben nach dem Investitionsgesetz
42 Kohleregionen, schneller umzusetzen!
- 43 6. Sich dafür einzusetzen, einen Plan für den zuver-
44 lässigen Erhalt und Transformation der energie-
45 intensiven Industrie im Revier und darüber hin-
46 aus zu entwickeln und zu diesem Zwecke regulato-

- 47 risch positive Rahmenbedingungen für den Neu-
48 bau von Energieinfrastruktur (z. B. Gaskraftwerke,
49 Wasserstoffnetze) und für die perspektivische
50 Umnutzung fossiler Energieinfrastruktur und deren
51 Flächen (Braunkohletagebaue, Erdgasleitungen,
52 Kohle- und Gaskraftwerke) zu schaffen.
- 53 7. Sich dafür einzusetzen, den Ausbau der Erneuer-
54 baren Energien in der Region durch zusätzliche
55 Investitionen und Anstrengungen zur Planungs-
56 vereinfachung voranzubringen und bürgerschaftliche,
57 genossenschaftliche und kommunale Beteiligun-
58 gen am Ausbau Erneuerbarer Energien zu
59 vereinfachen, zu forcieren und Rahmenbedingun-
60 gen hierfür zu schaffen. Der Ausbau der Erneuer-
61 baren Energien bietet auch die Chance, die Energie-
62 versorgung zu rekommunalisieren und Kommunen
63 und Bürgerinnen und Bürger aktiv an der
64 Energiewende zu beteiligen.
- 65 8. Sich dafür einzusetzen, einen Investitionsfonds
66 zur langfristigen Gestaltung der Tagebauränder
67 aufzulegen und eine klare Lösung für die in den
68 Kommunen anfallenden Ewigkeitslasten im Zusammen-
69 hang mit dem Braunkohletagebau, Kraftwerksstandorten
70 und Tagebaurestseen zu finden und dabei auch die
71 bergbautreibenden Unternehmen in die Pflicht zu
72 nehmen, ihre Verantwortung gegenüber der Ewigkeits-
73 lasten und der langfristigen Gestaltung der Flächen
74 zu übernehmen.
- 75 9. Sich dafür einzusetzen, ein umfassendes Revier-
76 wassersystem / -Konzept zu entwickeln. Ein zukünftiges
77 Revier-Wassersystem muss über mehrere Jahrzehnte
78 erst wieder neu hergestellt werden. Dazu gehört
79 auch die sichere und zuverlässige Befüllung bestehender
80 sowie neuer Tagebaurestseen – etwa durch die Rheinwasser-
81 transportleitung – und die Folgenabschätzung von Eingriffen
82 in den Wasserhaushalt auf benachbarte Regionen.
83 Der kommende Grundwasserwiederanstieg muss
84 zudem von Hochwasserschutzmaßnahmen begleitet
85 werden. Eine sichere Trinkwasserversorgung ist
86 genehmigungsrechtlich zu unterstützen und auch
87 durch technische und finanzielle Einbindung der
88 Wasserversorgungsunternehmen zu garantieren.
- 89 10. Die Landesregierung NRW aufzufordern, die
90 im Verantwortungsbereich der Landesregierung
91 NRW liegenden Förderprogramme und Förderprojekte
92 deutlich stärker zu forcieren und transparenter
93 sowie einfacher zu gestalten. Der bislang auch im
94 Vergleich zu anderen Revieren mangelhafte Abfluss
95 an Fördermitteln zeigt sehr deutlich, dass der
96 Strukturwandel im Rheinischen Revier in den
97 vergangenen Jahren eine zu geringe

- 100 Priorität erfahren hat.
- 101 11. Sich für eine eindeutige Verantwortungsstruktur
102 – z.B. eines Strukturwandelbeauftragten – inner-
103 halb der Landesregierung NRW einzusetzen, wel-
104 che nicht nur als Ansprechstelle für die Kommu-
105 nen fungiert, sondern auch Entscheidungskom-
106 petenzen besitzt, um die Strukturwandelprojek-
107 te gemeinsam mit den Kommunen, Gewerkschaf-
108 ten, Beschäftigten und Unternehmen in die Um-
109 setzung zu bringen.
- 110 12. Sich dafür einzusetzen, dass das Rheinische Re-
111 vier erneuerbare Energien und zukunftsweisen-
112 de Technologien entwickelt und zukunftsweisend
113 für eine grüne Industrie steht. In diesem Rahmen
114 ist Technologieoffenheit wichtig. Die SPD bekennt
115 sich klar zum Industriestandort Nordrhein Westfa-
116 len. NRW ist Industriestandort Nr.1 in Europa und
117 muss das im internationalen Wettbewerb bleiben.
- 118 13. Sich dafür einzusetzen, dass die Transformation in
119 NRW vor dem Hintergrund des Endes der Braun-
120 kohleverstromung insgesamt im Dreiklang sozial
121 gerecht, ökologisch aufwertend, demokratisch
122 organisiert und ökonomisch sinnvoll umgesetzt
123 wird.
- 124 14. Sich dafür einzusetzen, dass vor dem Hinter-
125 grund der Beschäftigungsfähigkeit in NRW und
126 der Schaffung neuer, guter und mitbestimmter Ar-
127 beitsplätze im Rheinischen Revier eine Gesamt-
128 strategie in Kooperation mit den Gewerkschaften,
129 der Agentur für Arbeit und den Jobcentern entwi-
130 ckelt wird.
- 131 15. Sich dafür einzusetzen, dass es eine innovative,
132 zielgerichtete Strategie für die Ansiedlung von Un-
133 ternehmen von Zukunftstechnologien mit breiter
134 Wertschöpfung in der Region erarbeitet wird.
- 135 16. Sich dafür einzusetzen, dass alle Beschäftigten,
136 die bei dem ursprünglich vorgesehenen Kohleaus-
137 stieg bis 2038 APG-berechtigt sind, auch bei ei-
138 nem vorgezogenen Ausstieg diesen Anspruch be-
139 halten.
- 140 17. Sich dafür einzusetzen, dass kommunaler Grund-
141 erwerb und Flächenaufbereitung als eigener För-
142 dergegenstand eingeführt werden und, dass ge-
143 nügend Flächen zur Ansiedlung neuer Industrien
144 im Revier zur Verfügung stehen, damit Transfor-
145 mation gelingen kann. Sollten vor allem bereits
146 bestehende Industrieflächen transformiert wer-
147 den, droht mit dem Ausstieg aus der Braunkohle-
148 verstromung ein Strukturbruch, da die Flächen zu-
149 nächst für neue Industrien nutzbar gemacht wer-
150 den müssen.
- 151 18. Zu bewirken, dass eine auf die Erfordernisse
152 des Rheinischen Reviers zugeschnittene

153 Sonderförder- und eine Sonderplanungszone
154 geschaffen werden, um nach der drastischen
155 Verkürzung der Restlaufzeit der Braunkohlever-
156 stromung den Strukturwandel schneller und
157 erfolgreich zum Gelingen zu bringen. Beides
158 muss ohne Aufweichungen von oder Eingriffe
159 in Mitbestimmungsrechte oder das Arbeits- und
160 Tarifrecht erfolgen.

161 19. Die Ausweisung von Flächen für Gewerbe- und In-
162 dustriegebiete in den Kommunen dringend zu be-
163 beschleunigen. Für die Schaffung neuer Arbeitsplät-
164 ze durch die Ansiedlung neuer Industrieunterneh-
165 men und klimaneutraler Energieerzeugung muss
166 die Flächenbereitstellung deutlich beschleunigt
167 werden. Der Zusatzbedarf der Kommunen an Flä-
168 chen für Gewerbe- und Industriegebiete muss an-
169 erkannt werden, Flächenpoolösungen ermöglicht
170 und thematisch auf eine konsequent zukunfts-
171 und angebotsorientierte Flächenentwicklung um-
172 gestellt werden. Die Etablierung von Sonderpla-
173 nungszonen und Sonderflächen zur Prozessbe-
174 schleunigung ist deshalb kurzfristig dringend ge-
175 boten

176 20. Durch umgehende Konsultationen die Europäi-
177 sche Kommission dazu zu bringen, unter engen
178 Vorgaben bessere beihilferechtliche Rahmenbe-
179 dingungen zu schaffen, damit in einer Sonderför-
180 derzone eine direkte Förderung von ansiedlungs-
181 willigen Unternehmen in Transformationsgebie-
182 ten zu ermöglichen und die Landesregierung NRW
183 aufzufordern, eine revierweite aktive Ansiedlung
184 von Unternehmen zu fördern, die dem Anspruch
185 folgt, das Rheinische Revier von einer fossilen zu
186 einer nachhaltigen Energie- und Industrieregion
187 zu transformieren.

188 21. Einen Einsatz der Mittel für reguläre Aufgaben des
189 Landes, Bundes und der Kommunen zu unterbin-
190 den und zu verhindern, sondern sie nur nach ih-
191 rer Zweckmäßigkeit i.S. eines gelingenden Struk-
192 turwandels einzusetzen.

193 22. Bürgerbeteiligungsformate im Revier so auszu-
194 richten, dass jede*r Revier-Bürger*in unabhängig
195 vom sozialen, schulischen oder beruflichen Hin-
196 tergrund daran partizipieren kann.

197

198 **Begründung**

199

200 Am 4. Oktober 2022 verkündeten die zuständigen Minis-
201 terinnen und Minister aus Bund und Land, Robert Ha-
202 beck und Mona Neubaur, gemeinsam mit RWE eine ge-
203 troffene Einigung zum Braunkohleausstieg im Rheini-
204 schen Revier. Diese sieht insbesondere vor, den Kohle-
205 ausstieg von 2038 auf 2030 um acht Jahre vorzuziehen.

206 Die NRW SPD begrüßt diesen Schritt im Grundsatz aus-
207 drücklich. Auch Fraktion und Landespartei der SPD hat-
208 ten sich für den vorgezogenen Kohleausstieg 2030 aus-
209 gesprochen. Allerdings haben wir diese Entscheidung an
210 zwei Bedingungen geknüpft. Zum einen muss die Ener-
211 giesicherheit in Nordrhein Westfalen gesichert sein und
212 zum anderen muss der Strukturwandel dann ebenfalls
213 beschleunigt werden, um insbesondere die Arbeitsplät-
214 ze im Revier zu sichern. Doch: Eine Entscheidung wurde
215 verkündet und die ruft nur neue Fragen hervor, statt Ant-
216 worten zu geben.

217

218 Ein frühzeitiger Kohleausstieg setzt zunächst die gesi-
219 cherte Energieversorgung im Jahr 2030 voraus. Die Be-
220 dingungen hierfür sind aktuell alles andere als ideal.
221 Die Energiekrise in Folge der russischen Aggression und
222 die damit verbundene Gasknappheit, aber auch der sto-
223 ckende Ausbau der Erneuerbaren Energien werfen Fra-
224 gen auf. Die Landesregierung hatte 1000 Windräder zu-
225 sätzlich für die laufende Legislaturperiode angekündigt.
226 Das sind im Durchschnitt 200 Windenergieanlagen im
227 Jahr. Im Jahr 2022 sind lediglich 98 Windenergieanla-
228 gen neu ans Netz gegangen. Wenn man die abgeschalt-
229 teten Altanlagen gegenrechnet, erfolgte nur ein Zubau
230 von 68 neuen Anlagen. Nur zehn Prozent des Strombe-
231 darfs in NRW wird aktuell über die Windkraft gedeckt.
232 Es muss endlich der Turbo gezündet werden, damit bis
233 2030 die Kohle aus dem Energiemix ersetzt werden kann
234 und damit vor allem die Energiepreise wieder dauerhaft
235 bezahlbar werden.

236

237 Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat auch das Po-
238 tenzial, die Energieversorgung zu rekommunalisieren,
239 somit den Kommunen eine echte Partizipation an der
240 Energiewende zu sichern und Haushalte dauerhaft zu
241 entlasten. Daher soll der Ausbau immer auch mit Be-
242 teiligungsmöglichkeiten für Bürgergesellschaften, Ener-
243 giegenossenschaften, oder durch die Städte und Ge-
244 meinden direkt obligatorisch werden. Hierfür sollen
245 praktikable Instrumente entwickelt werden.

246

247 Das Revier ist von der Braunkohlewirtschaft geprägt –
248 nicht nur angesichts der 14.400 Beschäftigten, die un-
249 mittelbar im Energiesektor arbeiten, sondern auch an-
250 gesichts der ganzen Wertschöpfung, die regional darauf
251 aufbaut und mittelbar viele weitere Arbeitsplätze be-
252 reitstellt. Allein energieintensive Unternehmen im Re-
253 vier beschäftigten etwa 93.000 Menschen in den drei
254 IHK-Bezirken Aachen, Köln, mittlerer Niederrhein. Allein
255 im Bereich der Kreislaufwirtschaft sind etwa 75.000 Be-
256 schäftigte tätig, was das Rheinische Revier zum heraus-
257 gehobenen Zukunftsstandort in Deutschland macht. Es
258 braucht endlich Klarheit für die Beschäftigten und ei-

259 ne Planungsperspektive für die vielen Menschen in der
260 Region. Die Menschen im Rheinischen Revier haben in
261 den vergangenen Jahren und Jahrzehnten Großes ge-
262 leistet. Ihre Arbeit in der Energieerzeugung, aber auch
263 in vielen energieintensiven Unternehmen hat die Wirt-
264 schaft in ganz Nordrhein-Westfalen stark gemacht und
265 war durch viele sichere und tarifgebundene Industriebear-
266 beitsplätze abgesichert. In den letzten Jahren ist den Be-
267 schäftigten bei RWE immer wieder eine Menge zugemu-
268 tet worden. Zuletzt durch den Angriffskrieg in der Ukrai-
269 ne mussten viele Beschäftigte, die sich bereits in den
270 Ruhestand verabschiedet hatten, wieder zurückkehren,
271 um die Energieversorgung zu gewährleisten. Gut aus-
272 gebildete Fachkräfte arbeiten im Rheinischen Revier in
273 einer Vielzahl von Industriebranchen. Das ist ein gro-
274 ßer Schatz und Vorteil für die Region. Nicht alle von
275 ihnen werden sozialverträglich aus dem Job scheiden
276 können. Daher benötigt es passgenaue Qualifizierungs-
277 maßnahmen mit einer Arbeitsmarkt-Drehscheibe für
278 die Jobs der Zukunft. Mit diesen Maßnahmen sowie För-
279 derinstrumenten zum Aufbau von neuen nachhaltigen
280 Wertschöpfungsketten und der Schaffung von tariflich
281 abgesicherten Industriebearbeitungsplätzen müssen wir auch
282 der jüngeren Generation eine Perspektive und Sicher-
283 heit im Wandel bieten.

284

285 Ein vorzeitiger Ausstieg von acht Jahren macht es drin-
286 gend erforderlich, dass der Strukturwandel staatlicher-
287 seits nun doppelt so schnell zum Erfolg begleitet werden
288 muss. In den letzten Jahren ist viel zu wenig passiert.

289

290 Kern der Strukturpolitik ist es, den Wandel von Ener-
291 giesektor und Wirtschaft nicht einfach den Marktkräf-
292 ten zu überlassen, sondern die betroffenen Menschen
293 und Kommunen aktiv im Wandel zu unterstützen. Das
294 Strukturstärkungsgesetz der Kohleregionen sieht Mittel
295 in Höhe von 40 Milliarden Euro vor, von denen 37 Prozent
296 ins Rheinische Revier fließen sollen. Die Arbeitsplatz-
297 wirksamkeit der Investitionen ist entscheidend, bislang
298 jedoch zu wenig beachtet worden. Es muss fortan ei-
299 ne klare Priorisierung für die Schaffung neuer und si-
300 cherer Arbeitsplätze geben, noch bevor alle Jobs in der
301 Braunkohlewirtschaft weggefallen sein werden. Dafür
302 müssen auch neue Geschäftsfelder angesiedelt werden.
303 Auch zukünftig wird das Rheinische Revier eine Rolle
304 in der Energieversorgung spielen – mit Erneuerbaren
305 Energien. Klimaschutz und sichere Arbeitsplätze dürfen
306 nicht weiter gegeneinander ausgespielt werden.

307

308 Mehr als in anderen Braunkohlerevieren bestehen ins-
309 besondere im Rheinischen Revier Abhängigkeiten der
310 energieintensiven Produktionsunternehmen in Chemie,
311 Aluminium, Papier u.a. von wettbewerbsfähiger und

312 zuverlässiger Energieversorgung. Strukturbrüche durch
313 nicht mehr finanzierbare Energiepreise und mangelnde
314 regionale Versorgungssicherheit nach dem Kohle-
315 ausstieg sind abzuwenden. Wer einen klimaneutralen
316 Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen 2045 errei-
317 chen möchte, muss die wirtschaftlichen Strukturen im
318 Heute stabilisieren und für die Zukunft sichern, bevor
319 Investitionen in die Transformation überhaupt getätigt
320 werden können.

321 Dafür braucht es auf Bundesebene eine Transformati-
322 onsrichtlinie. Viele der bisher mit einem Förderbescheid
323 versehenen Projekte im Rheinischen Revier haben we-
324 nig mit einer gelingenden Transformation, dem Aufbau
325 von neuen nachhaltigen Wertschöpfungsketten und der
326 Schaffung von neuen tariflich abgesicherten Industrie-
327 arbeitsplätzen zu tun. Die Projekte sind weit überwie-
328 gend wissenschaftslastig, selbst dann wird nur eine
329 sehr geringe Zahl an neuen Arbeitsplätzen geschaffen.
330 Das Rheinische Revier braucht Brain, aber daneben ei-
331 ne Vielzahl gewerblicher und industrieller Arbeitsplät-
332 ze, um Innovation in praktische Anwendung und Wert-
333 schöpfungsketten umzuwandeln und den Strukturwan-
334 del auch für die Menschen in der Region erlebbar zum
335 Gelingen zu bringen.

336 Es ist ein grundsätzliches Problem, dass die bestehen-
337 den Förderrichtlinien nicht zur Unterstützung von Trans-
338 formationsprozessen geeignet sind. Mit der STARK-
339 Richtlinie ist zwar ein neues Instrument des Bundes zur
340 Förderung konsumtiver Aufwendungen im Rheinischen
341 Revier geschaffen worden. Es fehlt aber das 2. Stand-
342 bein einer investiven Förderrichtlinie für den Struktur-
343 wandel. Die Förderinstrumente müssen deshalb drin-
344 gend weiterentwickelt und eine eigenständige investi-
345 ve Förderrichtlinie des Bundes (Transformationsrichtli-
346 nie) zur Unternehmensförderung erlassen werden, da-
347 mit die von der Kommission "Wachstum, Strukturwan-
348 del, Beschäftigung" formulierten Ziele für den Struktur-
349 wandel, nämlich der Aufbau neuer nachhaltiger Wert-
350 schöpfungsketten und die Schaffung neuer nachhalti-
351 ger, industrieller und tariflich abgesicherter Arbeitsplät-
352 ze, zielgenau erreicht werden können. Eine solche inves-
353 tive Transformationsrichtlinie für die Kohlereviere kann
354 als Blaupause für die Transformation anderer Industrie-
355 branchen wie der Automobilindustrie, der chemischen
356 Industrie oder der Stahl- und Aluminiumindustrie die-
357 nen.

358

359 Damit wir aus der Jahrhundertaufgabe, den Wandel in
360 Arbeit und Wirtschaft zu gestalten, endlich eine Jahr-
361 hundertchance für das Rheinische Revier machen, benö-
362 tigen wir eine innovative Ansiedlungspolitik. Daher sind
363 wir auch in der Verantwortung, Anreize für große Inves-
364 titionen von Zukunftstechnologien in die Region zu eb-

365 nen. Dazu ist eine kluge Ansiedlungsstrategie von Land
366 und Bund erforderlich. Auch ist eine Planungsbeschleu-
367 nigung im Rheinischen Revier für wichtige Infrastruktur-
368 maßnahmen bisher nicht zu erkennen. Dies gilt sowohl
369 für die Schienenvorhaben nach InvKG als auch für die
370 Ausweisung neuer Flächen für Gewerbe- und Industrie-
371 gebiete mit nachhaltigen Wertschöpfungsketten und
372 Arbeitsplätzen. Laut Auskunft des BMDV wird das frü-
373 heste Schienenprojekt nach InvKG im Rheinischen Re-
374 vier (S11-Ergänzungspaket) nach derzeitiger Einschät-
375 zung erst 2035 in Betrieb gehen, die anderen Schie-
376 nenprojekte im Rheinischen Revier noch deutlich spä-
377 ter nach dem Kohleausstieg. Für die Menschen im Rhei-
378 nischen Revier ist das ein unhaltbarer Zustand. Es darf
379 keine Diskrepanz zwischen Ausstieg und Aufbau geben.
380 Beides muss Hand in Hand gehen und gilt nicht anders
381 auch für die Ausweisung von Flächen für Gewerbe- und
382 Industriegebiete. Mit dem bisherigen Tempo dauert die
383 Entwicklung eines Gewerbegebietes von der ersten Pla-
384 nung bis zur Ansiedlung bis zu zehn Jahre. Für die Schaf-
385 fung neuer Arbeitsplätze durch die Ansiedlung neuer In-
386 dustrieunternehmen und klimaneutraler Energieerzeu-
387 gung kommt eine Flächenbereitstellung mit dieser zeit-
388 lichen Perspektive viel zu spät. Die Etablierung von Son-
389 derplanungszonen und Sonderflächen zur Prozessbe-
390 schleunigung ist deshalb kurzfristig dringend geboten.

391

392 Auch braucht es neben dem maßgeblich zu beschleuni-
393 genden Ausbau der Erneuerbaren Energien auch deut-
394 lich größere staatliche Anstrengungen für den Hochlauf
395 der Wasserstoffwirtschaft. Bisläng bestehen rechtlich
396 wie wirtschaftlich unzureichende Rahmenbedingun-
397 gen, um den Wasserstoffhochlauf zu befördern. Innova-
398 tionsaufrufe und kleinteilige Projektförderung werden
399 der Größe der Transformationsaufgabe nicht gerecht.

400

401 Die Folgen der Tagebaue im Rheinischen Revier durch
402 jahrzehntelanges Befüllen mit Wasser zur Bildung ei-
403 ner Seenlandschaft, die Anforderungen an das weite-
404 re Wassermanagement, an die Trinkwasserversorgung,
405 an die ökologischen Belange sowie die Rekultivierung
406 der Tagebauflächen oder die Regulierung von Bergschä-
407 den werden den Förderzeitraum bis 2038 als Ewigkeits-
408 lasten überdauern. Hierzu fordern die Anrainerkommun-
409 en seit langem gesetzliche Regelungen ein. Zusätzlich
410 ist eine „Ewigkeitsverpflichtung“ des Bundes und des
411 Landes anzustreben, die die zuvor ausgeführten mittel-
412 und langfristigen Nachlaufeffekte des Strukturwandels
413 finanziell verbindlich absichern. Zusätzlich müssen auch
414 die bergbautreibenden Unternehmen in die Verantwor-
415 tung genommen werden und eine entscheidende Rolle
416 bei der Bewältigung von Ewigkeitslasten sowie der lang-
417 fristigen Gestaltung der Flächen spielen.

418

419 Eine herausgehobene Rolle für die zukünftige Entwick-
420 lung des Reviers spielt hierbei das Wasser im Rheini-
421 schen Revier. Durch die jahrzehntelange Übernutzung
422 des Grundwasserhaushalts hat sich die Wasserland-
423 schaft, sowohl bezogen auf das Grundwasser, als auch
424 in Bezug auf die Oberflächengewässer, radikal verän-
425 dert. Dies wird sich mit dem Ende des Braunkohleab-
426 baus noch deutlich verschärfen. Viele Flüsse und Gewäs-
427 ser werden deutlich geringere Mengen an Wasser oder
428 gar kein Wasser mehr führen. Das schafft einen erhebli-
429 chen Verlust für die Natur, der verhindert werden muss.
430 Ein zukünftiges Revier-Wassersystem muss über mehre-
431 re Jahrzehnte erst wieder neu hergestellt werden. Dies
432 bedeutet auch, dass die Wasserversorgung im Rheini-
433 schen Revier langfristig sichergestellt werden muss und
434 die Folgen von Eingriffen in den Wasserhaushalt auf be-
435 nachbarte Regionen abzuschätzen und auszugleichen
436 sind.

437

438 Die Etablierung einer Sonderplanungszone ist für die
439 Anrainerkommunen essenziell. Die Planungszeiträume
440 zur Entwicklung von Gewerbe- und Industriegebieten
441 müssen deutlich verkürzt, der Zusatzbedarf an Flä-
442 chen in den Anrainerkommunen anerkannt, Flächen-
443 poollösungen ermöglicht und angebotsorientierte Flä-
444 chenentwicklungen machbar werden. Eine Sonderwirt-
445 schaftszone wird es ermöglichen, speziell auf das Trans-
446 formationsgebiet zugeschnittene Lösungsansätze und
447 konkrete Maßnahmenpakete so schnell umzusetzen,
448 dass die Transformationsgeschwindigkeit mit der Hal-
449 bierung des Zeitraums bis zum Ende der Braunkohlever-
450 stromung Schritt halten kann.

451 Dabei wie auch bei der direkten Förderung von ansied-
452 lungswilligen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern ist
453 die gebetsmühlenartige Ablehnung solcher Forderun-
454 gen durch die Landesregierung unter Hinweis auf die
455 Nichtzulässigkeit im Rahmen des EU-Rechts nicht hilf-
456 reich. Auch hier kann das Rheinische Revier Modellcha-
457 rakter für andere Transformationsgebiete haben.

458 So hat die Europäische Kommission erst im Februar 2023
459 bei der Vorstellung ihres Industriepfades zum Green Deal
460 eine vorübergehende Ermöglichung zur direkten Beihil-
461 fengewährung der Mitgliedstaaten zur Förderung sau-
462 berer „grüner“ Investitionen in einer Reihe von Techno-
463 logiebereichen in Aussicht gestellt.

464

465 Die Zukunft des Rheinischen Reviers und der hier leben-
466 den Menschen ist zu wichtig, als dass die Chancen wei-
467 ter verschlafen werden dürfen. Die Zeit ist reif, auf al-
468 len Ebenen schneller zu werden, den Turbo zu zünden
469 und Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass wir
470 auch nach 2030 weiterhin ein Revier vorfinden, in dem

471 die Menschen gut und gern leben, in dem nachhalti-
472 ge Wertschöpfung mit gut bezahlter und tariflich mit-
473 bestimmter Arbeit stattfindet und von dem Strahlkraft
474 auch in andere Bereiche bevorstehender Transformation
475 ausgeht.